

X Karl Barth nimmt Stellung
Schreiben an das Staatssicherheitsministerium
der DDR

Angesichts der sich häufenden Verhaftungen und Verurteilungen von evangelischen Pfarrern in der Ostzone hat der Schweizer Theologe Prof. Karl Barth an den sowjetzonalen Minister für Staatssicherheit, Zaisser, ein Schreiben gerichtet, das wir in Ergänzung des an dieser Stelle (S. 185) gegebenen Auszugs in vollem Wortlaut wiedergeben.

Hochgeehrter Herr Minister!

Erlauben Sie mir, Sie in einer Sache anzusprechen, von der ich in diesen Tagen tief bewegt bin. Vielleicht bin ich Ihnen dem Namen nach bekannt. Anderenfalls dürfte es Ihnen ein Leichtes sein, über meine Person, meinen Weg, meine bisherige Arbeit und Haltung die nötigen Erkundigungen einzuziehen. Ich darf, was die letzten Jahre betrifft, hervorheben, daß ich einer von denen bin, die im westlichen Europa besonders in evangelisch-kirchlichen Kreisen, aber auch in einer weiteren Öffentlichkeit, seit 1945 konsequent für eine verständnisvolle Einstellung dem Osten gegenüber eintreten, und daß ich deshalb als angeblich heimlicher Kommunist heftig angegriffen worden bin. In Westdeutschland bin ich mit Pfarrer Martin Niemöller und mit Dr. Heinemann freundschaftlich und sachlich verbunden. Im Sommer 1946 bin ich in Berlin von Herrn Staatspräsident Pieck (in Anwesenheit von Herrn Grotewohl und Herrn Ulbricht) sowie von dem damaligen sowjetischen Militärkommandanten Tulpanow empfangen worden.

In diesen Tagen erreichte mich nun die Nachricht von der Verhaftung des Student Pfarrers Johannes Hamel und des Vikars Althausen in Halle, des Jugendpfarrers Reinhold George in Ost-Berlin, des Diakonen Dost und der Gemeindehelferin Schilling in Leipzig, des Pfarrers Dr. Winterhager in der Mark und dann von der Verurteilung des Predigers Schumann in Zwickau. Die Vielzahl der Fälle läßt darauf schließen, daß es sich um ein planmäßiges Vorgehen der Regierung der DDR handelt.

Indem ich alles zurückstelle, was mich als Christ mit den betr. Personen und mit der evangelischen Kirche in der DDR verbindet, darf ich Sie auf folgendes aufmerksam machen:

Die Tatsache, daß die Kirche im Bereich der DDR bis jetzt Freiheit hatte, innerhalb des sozialistischen Staatswesens ihr eigenes Leben zu leben, den ihr gebotenen eigenen Weg zu gehen und das ihr aufgetragene eigene Wort zu sprechen, gehört bis heute zu den Punkten, auf die man in der westlichen Welt inmitten des allgemeinen Sturmes von den sozialistischen Regierungen der Ost-Staaten mit gutem Gewissen in positivem Sinne hinweisen konnte. Die Tätigkeit eines Mannes wie Johannes Hamel war so etwas wie ein leuchtendes Beispiel nicht nur für die Freiheit, in der die dortige Kirche ihrer Aufgabe nachging, sondern auch für die Freiheit derer, die ihr diese Freiheit gewährten. Ich habe hier mehr als einmal das Wort erwähnt, das ich 1946 aus dem Munde des Herrn Staatspräsidenten Pieck gehört habe: was Deutschland in

der neuen Ära nötig habe, sei, daß es aufs neue mit den Zehn Geboten bekannt gemacht werde. Und nun besteht aller Anlaß, gerade Johannes Hamel und die anderen von der gegenwärtigen Aktion Betroffenen für sehr authentische Zeugen gerade der Zehn Gebote zu halten. Ich kann es verstehen, daß es staatspolitisch nicht immer erwünscht sein mag, wenn die Kirche dieses Zeugnis, ihrem eigenen Gesetz folgend, nun eben laut werden läßt, wie es die jetzt Verhafteten in aller Offenheit getan haben. Wer das tut, der muß auch in den westlichen Staaten — die Schweiz nicht ausgenommen — mit Schwierigkeiten rechnen. Es hatte aber bis jetzt den Anschein, als ob die Regierung der DDR willens sei, damit als mit der Konsequenz der Existenz einer freien Kirche zu rechnen und im Konfliktfalle jedenfalls nicht mit Gewaltmaßnahmen zu reagieren.

Die gegen Johannes Hamel und Genossen ergriffenen Maßnahmen bedeuten eine ernsthafte und folgenschwere Bedrohung dieses Bildes. Antwortet die Regierung der DDR auf die Tätigkeit solcher Vertreter der Kirche in der Weise, wie es jetzt geschehen ist, dann läßt sich die Annahme, daß die Existenz einer freien Kirche in ihrem Wollen liege, nur noch schwer oder gar nicht mehr aufrecht erhalten. Es scheint sich dann etwas vom Schlimmsten, was die ausgesprochenen Gegner der östlichen Staats- und Regierungsform im ganzen Westen immer behauptet haben, zu bewahrheiten: es könne in dem Machtbereich der DDR (wie einst im Machtbereich des Hitlerstaates) nur eine der offiziellen Kulturdoktrin gleichgeschaltete, also unfreie, also notwendig unchristliche Kirche legitimen Bestand haben, es werde sich eine Kirche, die sich als christliche Kirche erhalten wolle, in irgendwelche „Katakomben“ zurückziehen müssen.

Dies ist das neue Bild von der östlichen Kirchenpolitik, das infolge der jetzt ergriffenen Maßnahmen unweigerlich entstehen muß und wird. Ich kann mir, hochgeehrter Herr Minister, nicht vorstellen, daß die Entstehung dieses Bildes — die Bereicherung des anti-östlichen Kampffarsenals nun auch noch um dieses Argument — dem Frieden dient, für den alle ernsthaften Menschen im Osten und im Westen heute eintreten müssen. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß sie im wohlverstandenen Interesse der DDR und des Sozialismus liegt.

Der Zweck meines Schreibens ist kurz die dringende Frage: ob Sie und die ganze Regierung der DDR sich der Gefahr bewußt sind, die heraufzubeschwören Sie im Begriff stehen? — und ebenso kurz die dringende Bitte, die ergriffenen Maßnahmen aufzuhalten bzw. rückgängig zu machen.

Nehmen Sie mir, hochgeehrter Herr Minister, nicht übel, daß ich mir als Ausländer herausnehme, Sie in dieser Sache anzureden. Ich mußte es tun, weil diese Sache wirklich nicht nur Deutschland, sondern kirchlich wie politisch alle angeht, die sich für die bisherigen und für die kommenden Entwicklungen mitverantwortlich wissen.

In ausgezeichnete Hochachtung

Ihr gez. Karl Barth

1845 1953

Tagungen der EKD

Der Rat der EKD, der sich unter dem Vorsitz von Bischof D. Dr. Dibelius am 26. März zu seiner turnusmäßigen Sitzung in Berlin-Spandau versammelt hatte, und die Kirchenkonferenz der EKD, die vorher getagt hatte, nahmen ausführliche Berichte über die kirchliche Lage in der DDR und in der Bundesrepublik entgegen. Dabei kam zum Ausdruck, daß die aufgetretenen schweren Notstände in brüderlicher Gemeinschaft von der ganzen Evangelischen Kirche in Deutschland getragen werden. Die Lage wurde als außerordentlich ernst bezeichnet. Besonderes Befremden erregte die Mitteilung über die Behinderung der evangelischen Bahnmissions in einigen Bezirken der DDR, zumal die Bahnmissions ausdrücklich als ein Zweig der kirchlichen Arbeit anerkannt ist.

Über den Stand der Arbeiten an der textlichen Neugestaltung der Bibel berichtete die damit beschäftigte Kommission. Ihre erfreulichen Fortschritte berechtigten zu der Hoffnung, daß in nicht zu ferner Zeit ein revidierter Bibeltext vorgelegt werden kann. Der Rat ermächtigte die Kommission, nach den bisherigen Grundsätzen weiterzuarbeiten. Über den Aufgabenkreis und die Berufsstellung der Gemeindegliederinnen sind von sachkundiger Seite Richtlinien erarbeitet worden. Sie wurden vom Rat mit Dank aufgenommen und sollen vor ihrer Veröffentlichung den Gliedkirchen noch einmal zugeleitet werden. Der von der gesamtdeutschen Synode in Elbingerode aufgestellte Haushaltsplan der EKD für 1952 gilt mit einem Nachtrag, den der Rat verabschiedete, auch für das Jahr 1953.

Zur künftigen Gestaltung des Familienrechts in der Bundesrepublik beschloß der Rat der EKD, in Bonn dringende Vorstellungen zu erheben, damit der Zustand der Rechtlosigkeit vermieden wird, der entstanden ist, nachdem der Bundestag die in der Grundordnung vorgesehene Neuordnung nicht fristgemäß hat verabschieden können.

Der Rat der EKD zu Oradour

Nachdem der Rat der EKD sich auf seiner letzten Sitzung auch mit den Vorkommnissen in Oradour und dem Prozeß in Bordeaux beschäftigt hatte, richtete Bischof D. Dibelius an den Präsidenten des Protestantischen Kirchenbundes von Frankreich, Pastor Dr. Marc Boegner in Paris, ein Schreiben, das sich auf die Entschließung des Protestantischen Kirchenbundes vom 24. Februar bezieht (S. 151). In dem Schreiben heißt es:

„Das französische Militärgericht von Bordeaux hat kürzlich wegen der Vorgänge in Oradour verhandelt und geurteilt. In Scham und Abscheu waren wir Zeuge, wie eine Untat, die Männer unseres Volkes begangen haben und die durch keine militärische Notwendigkeit entschuldigt werden kann, abgeurteilt werden mußte. Das Wort des Zeugnisses, das der Vorstand der Fédération Protestante zu diesem Geschehen gefunden und das uns tief bewegt hat, ist uns eine Hilfe, uns mit aller Kraft dafür einzusetzen, daß in unserem Lande nie eine Herrschaft wiederkehrt, die solche Untaten befiehlt und zu rechtfertigen sucht. Ihnen dieses zum Ausdruck zu bringen, ist uns ein tiefes Bedürfnis. Die Barmherzigkeit Gottes, die Sein Gericht und alles menschliche Richten überstrahlt, gibt Seinen Kindern die Vollmacht, für erkannte Schuld um Vergebung zu bitten und den Schuldern Vergebung zu gewähren. In diesen Tagen, da wir unter dem Kreuz Christi stehen, grüße ich Sie im Namen des Rats der EKD in aufrichtiger Verbundenheit des Glaubens.“

Beitritt Bremens zur EKD. Nachdem die Verhältnisse in Bremen durch Bevollmächtigte des Rates der EKD bei einem Besuch erneut erörtert worden waren, wurde jetzt die Beitrittserklärung der Bremischen Kirche zur EKD entgegengenommen, sodaß nunmehr auch die letzte evangelische Landeskirche in Deutschland dem gesamtkirchlichen Zusammenschluß angehört.

Richtlinien für die kirchliche Landverwaltung. Die Grundstückskommission der EKD trat unter Leitung von Oberkirchenrat Dr. Lampe (Hannover) im Jugendheim Koppelsberg bei Plön zu einer endgültigen Beratung der Richtlinien über die Verwaltung des land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzes der Kirchen zusammen. Zugleich erfolgte eine Unterrichtung über den Stand der Gesetzgebung des Bundes und der DDR, soweit die kirchliche Landverwaltung davon berührt wird. Bei dieser Gelegenheit fand in Kiel ein Empfang bei Bischof D. Halfmann statt, der die Bedeutung des kirchlichen Grundbesitzes für die kirchliche Finanzverwaltung und zugleich seine soziale Auswertung durch Verpachtung besonders unterstrich.

Lutherische Kirchenleitung tagte in Berlin

Die Kirchenleitung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche (VELKD) hielt am 24. März in Berlin ihre letzte Sitzung vor der Generalsynode ab. Sie fand unter dem Vorsitz von Landesbischof D. Lilje statt, da der Leitende Bischof der Vereinigten Kirche, D. Meiser, zurzeit die Evangelisch-Lutherische Kirche in Italien besuchte. Die Sitzung galt besonders der Vorbereitung der bevorstehenden Tagung der Generalsynode der VELKD, die sich in